

Bürger:innenversammlung zur **Künstlichen Intelligenz**

WESTSCHWEIZER PANEL, 2025

Schlussbericht

Ergebnisse der Umfrage und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Präambel	5
Einleitung	7
Umfrage zur künstlichen Intelligenz in der Westschweiz	8
Zusammensetzung der Bürger:innenversammlung	21
Methodik und Ablauf der Bürger:innenversammlung	23
Endgültige Formulierung der Themen, Ziele und Vorschläge	27
Fazit	33
Danksagung	35

Zusammenfassung

Dieser Bericht präsentiert die Ergebnisse der Bürger:innenversammlung zur künstlichen Intelligenz, die vom EPFL AI Center in Zusammenarbeit mit der Universität Genf im November 2025 organisiert wurde. Er stützt sich auf zwei einander ergänzende Quellen: eine Umfrage unter 734 Einwohnerinnen und Einwohnern der Westschweiz und die Beratungen von 40 Bürgerinnen und Bürgern, die an vier Tagen zusammenkamen.

WICHTIGSTE ERKENNTNISSE DER UMFRAGE

Eine geteilte, aber engagierte Bevölkerung. Nahezu die Hälfte der Befragten (47 %) bezeichnet sich als vertraut mit KI, und 87 % haben bereits mindestens ein KI-Tool genutzt. ChatGPT ist das am weitesten verbreitete Werkzeug (70 %). Die Meinungen schwanken zwischen gemässigtem Optimismus und Besorgnis, ohne klare Tendenz.

Hohes Vertrauen in akademische Institutionen. Universitäten und Forschungsinstitute geniessen das Vertrauen von 57 % der Befragten für eine verantwortungsvolle Entwicklung der KI. Die Schweizer Behörden verfügen ebenfalls über ein beachtliches Vertrauensniveau (42 %). Im Gegensatz dazu stossen die Technologieunternehmen (10 %) und insbesondere die Social-Media-Unternehmen (weniger als 2 %) auf starkes Misstrauen.

Hauptsorgen um Sicherheit und Desinformation. Der böswillige Einsatz von KI (81 %) und Deepfakes (77 %) stellen die grössten Besorgnisquellen dar, noch vor dem Datenschutz (65 %) und dem Verlust von Arbeitsplätzen (59 %).

Eine klare Forderung nach nationaler Steuerung. Die Schweizer Regierung wird als prioritärer Akteur für die Steuerung der KI genannt (31 %), und der Schutz persönlicher Daten wird als absolute politische Priorität identifiziert (68 %).

DIE VORSCHLÄGE DER BÜRGER:INNENVERSAMMLUNG

Nach vier Tagen der Beratung formulierten die 40 Teilnehmenden **20 konkrete Vorschläge**, die um fünf zentrale Themen strukturiert sind:

Thema 1 — Die Rolle des Staates: Schaffung eines Bundesamtes für KI, nachhaltige Finanzierung der Forschung.

Thema 2 — Zugang und Bildung: Sensibilisierung aller Bevölkerungsgruppen, Förderung menschlicher Interaktionen gegenüber dem «Alles-KI»-Ansatz.

Thema 3 — Die Arbeitswelt: Antizipation der sozioprofessionellen Auswirkungen, Begleitung bei beruflichen Umschulungen.

Thema 4 — Rückverfolgbarkeit: Kennzeichnung menschlicher Schöpfungen, Stärkung des Urheberrechts.

Thema 5 — Verantwortungsvolle Praktiken: ethische Gesetzgebung, Bekämpfung der Cyberkriminalität.

Die Einzelheiten dieser Vorschläge, die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst verfasst und verabschiedet wurden, finden sich im Abschnitt «Endgültige Formulierung der Themen, Ziele und Vorschläge» dieses Berichts.

Präambel

Allgemeine Botschaft der Teilnehmenden der Bürger:innenversammlung

Die 40 Teilnehmenden der Bürger:innenversammlung zur künstlichen Intelligenz begrüßen den Prozess, der im Rahmen dieser kollektiven Erfahrung durchgeführt wurde, und legen mit Stolz die 20 daraus hervorgegangenen Vorschläge vor, in der Hoffnung, dass diese positiv aufgenommen werden.

Die Teilnehmenden haben fünf zentrale Themen definiert, jedes mit zwei Zielen sowie entsprechenden Vorschlägen — einige für die Gemeinschaft und andere für die politischen Akteure.

Diese Präambel geht auf die spontanen Wortmeldungen der Teilnehmenden am Ende der Bürger:innenversammlung zurück. Sie soll die Grundhaltung und die Überzeugungen, die aus dieser kollektiven Beratung hervorgegangen sind, zusammenfassend vermitteln und als Orientierungshilfe für die Lektüre des vorliegenden Berichts dienen.

Die künstliche Intelligenz entwickelt sich sehr schnell, möglicherweise zu schnell im Hinblick auf die politische Zeitlogik. Die Teilnehmenden betonen die Notwendigkeit, diese Dringlichkeit anzuerkennen und den Herausforderungen gerecht zu werden. Sie fordern die politischen Behörden, die Institutionen, die Zivilgesellschaft und die Bevölkerung auf, unverzüglich zu handeln, die kommenden Veränderungen vorauszusehen und Weitsicht zu zeigen. Die künstliche Intelligenz ist eine leistungsstarke Technologie. Es ist entscheidend, die Chancen ihres enormen Potenzials zu nutzen und gleichzeitig die mit dieser digitalen Revolution verbundenen Risiken anzuerkennen.

Als zentraler Bezugspunkt ihrer Überlegungen sind sich die Teilnehmenden einig, dass alles daran gesetzt werden muss, damit KI dem Menschen dient. Sie fordern eine angemessene Nutzung der KI und deren Anpassung an die spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. In diesem Zusammenhang muss ein besonderes Augenmerk auf die Jugend gelegt werden, die zu einem bewussten und massvollen Umgang mit KI begleitet werden muss, um sie vor Risiken wie Abhängigkeit zu schützen.

Obwohl alle Teilnehmenden das immense Potenzial der KI zur Verbesserung der Gesellschaft anerkennen, fordern sie dennoch, dass ihre Nutzung reguliert wird. Eine «Alles-KI»-Welt erscheint ihnen weder wünschenswert noch erstrebenswert. Die Teilnehmenden rufen daher dazu auf, die künstliche Intelligenz nicht in allen Lebensbereichen systematisch einzusetzen, und sie fordern, dass jeder und jede die Wahl haben muss, ob er oder sie KI nutzt oder nicht.

→ «KI, gute Dienerin, schlechte Herrin» — Die Teilnehmenden sind nicht damit einverstanden, dass KI Entscheidungen an ihrer Stelle trifft, und fordern daher, die autonome Entscheidungsfähigkeit von KI-Systemen zu begrenzen und ein Verhältnis der Kontrolle statt der Abhängigkeit zu entwickeln.

Nachdem sie als Menschen über KI beraten haben — und zwar ohne den Einsatz von KI —, betonen die Teilnehmenden die grundlegende Bedeutung menschlicher Beziehungen. Sie ermahnen jeden und jede, seine menschlichen Freunde zu behalten, menschliche Beziehungen zu pflegen und KI nicht zu vermenschlichen, auch wenn diese manchmal gewisse menschliche Eigenschaften imitieren kann. Abschliessend betonen die Teilnehmenden der Bürger:innenversammlung zur künstlichen Intelligenz die Notwendigkeit, kritisches Denken gegenüber KI zu bewahren und zu fördern und dessen Ausdruck in Räumen kollektiver menschlicher Intelligenz zu begünstigen, wie es diese Bürger:innenversammlung gewesen ist.

Einleitung

Die künstliche Intelligenz stellt eine der bedeutendsten technologischen Transformationen unserer Zeit dar. Ihre rasante Entwicklung wirft grundlegende Fragen auf, die alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens betreffen: Arbeit, Gesundheit, Bildung, Privatsphäre und die Demokratie selbst. Angesichts des Ausmasses dieser Herausforderungen erscheint es unerlässlich, dass die Bürgerinnen und Bürger sich äussern und zur Gestaltung der Zukunft dieser Technologie beitragen können, anstatt deren Auswirkungen passiv hinzunehmen.

In diesem Sinne hat das EPFL AI Center in Zusammenarbeit mit dem Forschungsschwerpunkt für demokratische Innovationen der Universität Genf beschlossen, eine Bürger:innenversammlung zur künstlichen Intelligenz in der Westschweiz zu organisieren. Dieses deliberative Verfahren zielte darauf ab, einem möglichst vielfältigen und repräsentativen Panel — unter Berücksichtigung der praktischen Rahmenbedingungen (Präsenzformat, vier vollständige Tage) — das Wort zu erteilen, um deren Wahrnehmungen, Bedenken und Erwartungen zu erfassen und anschliessend konkrete Vorschläge für die politischen Behörden und die Gemeinschaft zu formulieren. Im Vorfeld der Versammlung wurde eine Umfrage unter den Einwohnerinnen und Einwohnern der Westschweiz durchgeführt, um eine erste Bestandsaufnahme der Meinungen zur KI zu erstellen. Die Ergebnisse dieser Umfrage sowie die aus den Beratungen der Bürger:innenversammlung hervorgegangenen Vorschläge werden im vorliegenden Bericht dargestellt.

Das EPFL AI Center hat sich als Produzent unabhängiger wissenschaftlicher Erkenntnisse zur künstlichen Intelligenz die Aufgabe gestellt, die Öffentlichkeit über die Herausforderungen dieser Technologie zu informieren und zu bilden sowie als Vertrauensplattform für eine fundierte öffentliche Debatte zu dienen.

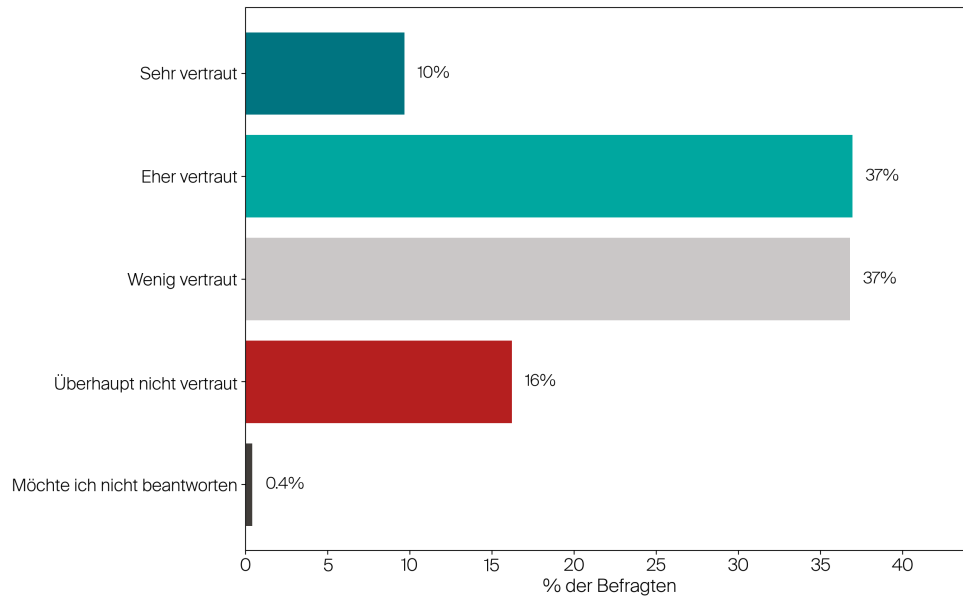
Im Vorfeld der Bürger:innenversammlung stellte das Bundesamt für Statistik 7'000 zufällig ausgewählte Adressen aus allen Westschweizer Kantonen oder den frankophonen Regionen der mehrsprachigen Kantone zur Verfügung, wobei auf eine angemessene Verteilung der Altersgruppen (ab 16 Jahren) und der Geschlechter geachtet wurde. Diese Personen erhielten ein Schreiben mit der Bitte, einen kurzen Fragebogen zu ihren Nutzungsgewohnheiten und Meinungen zur künstlichen Intelligenz auszufüllen, und konnten zudem ihre Bereitschaft zur Teilnahme an den vier Tagen der Bürger:innenversammlung bekunden. Von allen angeschriebenen Personen antworteten 734 auf den Fragebogen. Davon gaben etwa ein Viertel (24 %) ihren Wunsch an, an der Versammlung teilzunehmen, die am zwei Wochenenden am EPFL AI Center im November 2025 stattfand. Aus diesen Freiwilligen wurden 40 Bürgerinnen und Bürger ausgewählt, wobei soweit möglich auf eine ausgewogene Vertretung der Kantone, Geschlechter, Bildungsniveaus, Altersgruppen und politischen Orientierungen geachtet wurde.

Umfrage zur künstlichen Intelligenz in der Westschweiz

Die im Vorfeld der Bürger:innenversammlung durchgeführte Umfrage ermöglichte es, die Wahrnehmungen, Einstellungen und Bedenken von 734 Befragten aus der Westschweiz gegenüber der künstlichen Intelligenz zu erfassen. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse bieten einen Überblick über die Meinungen der Befragten vor dem deliberativen Prozess.

Methodische Anmerkung: Der Fragebogen wurde per Post an 7'000 zufällig vom Bundesamt für Statistik ausgewählte Adressen versandt. Die Befragten füllten die Umfrage über einen Zeitraum von einigen Wochen online aus. Die Rücklaufquote von etwa 10 % (734 Antworten) erklärt sich insbesondere durch die relativ kurzen Fristen und durch die technische Natur des Themas, die einige Personen, die sich nicht ausreichend mit KI vertraut fühlten, abgeschreckt haben könnte. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle Prozentangaben auf die Gesamtheit der 734 Befragten (N=734).

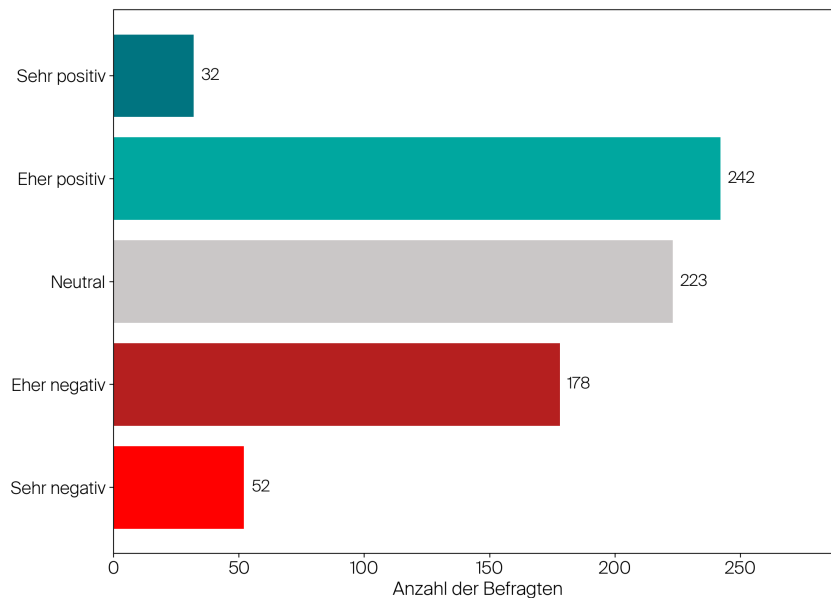
«Wie vertraut sind Sie mit künstlicher Intelligenz (KI)?»



Die Befragten verteilen sich relativ gleichmässig zwischen denjenigen, die sich als vertraut mit KI bezeichnen, und denjenigen, die es weniger sind. Etwa 47 % betrachten sich als eher oder sehr vertraut (37 % eher vertraut, 10 % sehr vertraut), während 53 % sich als wenig oder gar nicht vertraut einschätzen (37 % wenig vertraut, 16 % gar nicht vertraut).

→ Kernaussage: Die Befragten sind hinsichtlich ihrer Vertrautheit mit KI gespalten, wobei eine knappe Mehrheit sich als wenig oder nicht vertraut bezeichnet.

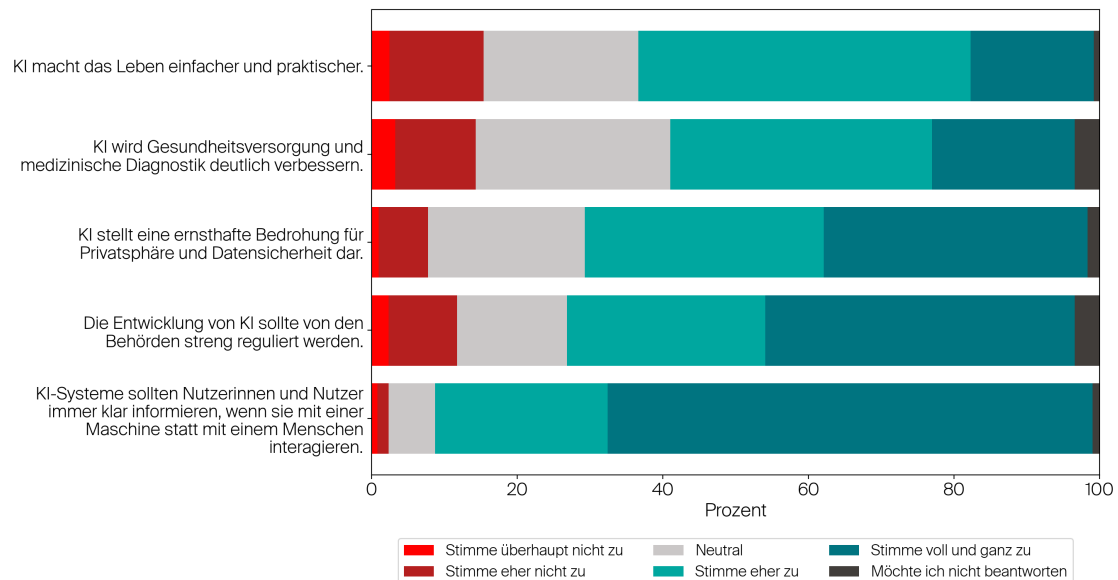
«Wie ist Ihre allgemeine Einstellung gegenüber KI und ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft?»



Die allgemeine Einstellung gegenüber KI ist differenziert und tendiert nicht klar in eine Richtung. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (37 %) äussert eine positive Meinung, etwa 30 % nehmen eine neutrale Haltung ein, und knapp ein Drittel (31 %) zeigt eine negative Einstellung. Es ist jedoch zu beobachten, dass stark negative Meinungen («sehr negativ») häufiger sind als stark positive («sehr positiv»), was auf eine gewisse Asymmetrie in der Intensität der Wahrnehmungen hindeutet.

→ Kernaussage: Die Meinungen halten sich zwischen Optimismus und Pessimismus die Waage, jedoch sind sehr negative Einstellungen häufiger als sehr positive.

«Bitte geben Sie Ihren Grad der Zustimmung zu den folgenden Aussagen an»



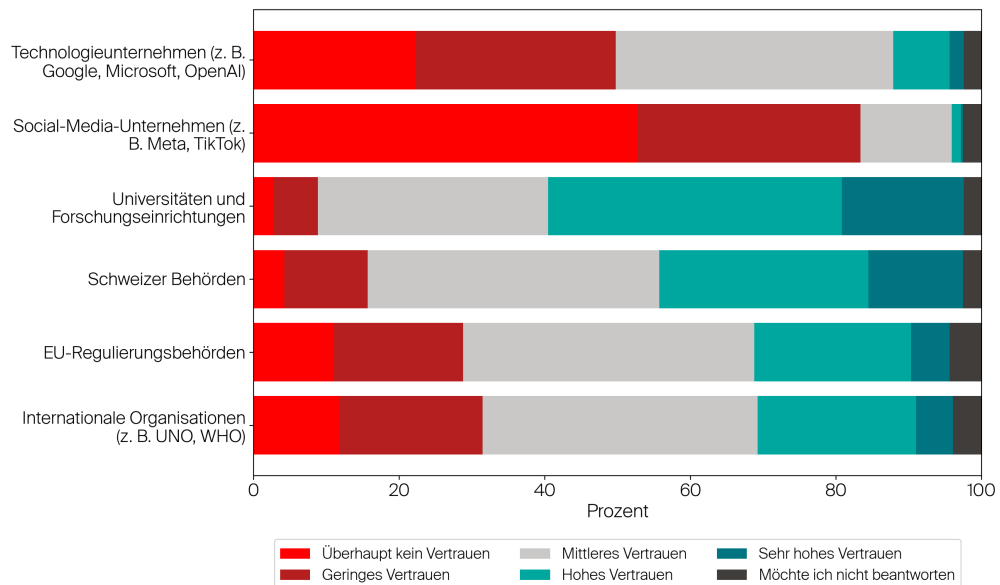
Die Befragten erkennen das Potenzial der KI zur Verbesserung des Alltags an: 63 % stimmen der Aussage zu oder voll und ganz zu, dass KI das Leben einfacher und praktischer macht, gegenüber 15 %, die nicht zustimmen. Ebenso sind 56 % der Meinung, dass KI die Gesundheitsversorgung und die medizinische Diagnostik erheblich verbessern wird (14 % stimmen nicht zu).

Gleichzeitig sind die Bedenken hinsichtlich der Risiken sehr ausgeprägt. Nahezu 69 % der Befragten betrachten KI als ernsthafte Bedrohung für die Privatsphäre und die Datensicherheit (8 % stimmen nicht zu). Eine grosse Mehrheit (70 %) wünscht sich, dass die Entwicklung der KI streng durch die öffentlichen Behörden reguliert wird (12 % stimmen nicht zu).

Der stärkste Konsens betrifft die Transparenz: 90 % der Befragten sind der Meinung, dass KI-Systeme die Nutzerinnen und Nutzer immer klar darüber informieren sollten, wenn sie mit einer Maschine statt mit einem Menschen interagieren. Lediglich 2 % äussern Widerspruch.

→ Kernaussage: Obwohl die Vorteile der KI anerkannt werden, besteht ein sehr breiter Konsens über die Forderung nach Regulierung und Transparenz.

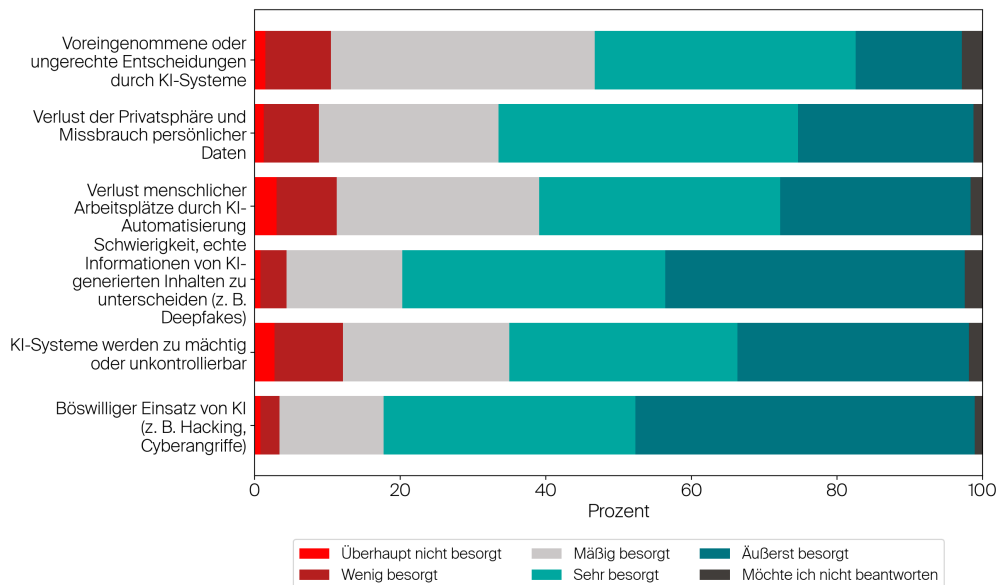
«Inwieweit vertrauen Sie den folgenden Organisationen, KI verantwortungsvoll zu entwickeln und einzusetzen?»



Das Vertrauensniveau variiert je nach Akteur. Universitäten und Forschungsinstitute geniessen das höchste Vertrauen: 57 % der Befragten schenken ihnen hohes oder sehr grosses Vertrauen, und nur 9 % haben geringes oder kein Vertrauen. Die Schweizer Behörden verzeichnen ein beachtliches Vertrauensniveau (42 % hohes Vertrauen, 16 % Misstrauen). Die Regulierungsbehörden der Europäischen Union (27 %) und internationale Organisationen wie die UNO oder die WHO (27 %) nehmen eine mittlere Position ein. Im Gegensatz dazu geniessen Technologieunternehmen (Google, Microsoft, OpenAI) nur begrenztes Vertrauen (10 %), während 50 % geringes oder kein Vertrauen äussern. Social-Media-Unternehmen (Meta, TikTok) werden mit ausgeprägtem Misstrauen betrachtet: 83 % der Befragten haben geringes oder kein Vertrauen, und kaum 2 % ein hohes Vertrauen.

→ Kernaussage: Akademische Institutionen und Schweizer Behörden geniessen Vertrauen, während Technologieunternehmen und vor allem Social-Media-Unternehmen auf ausgeprägtes Misstrauen stossen.

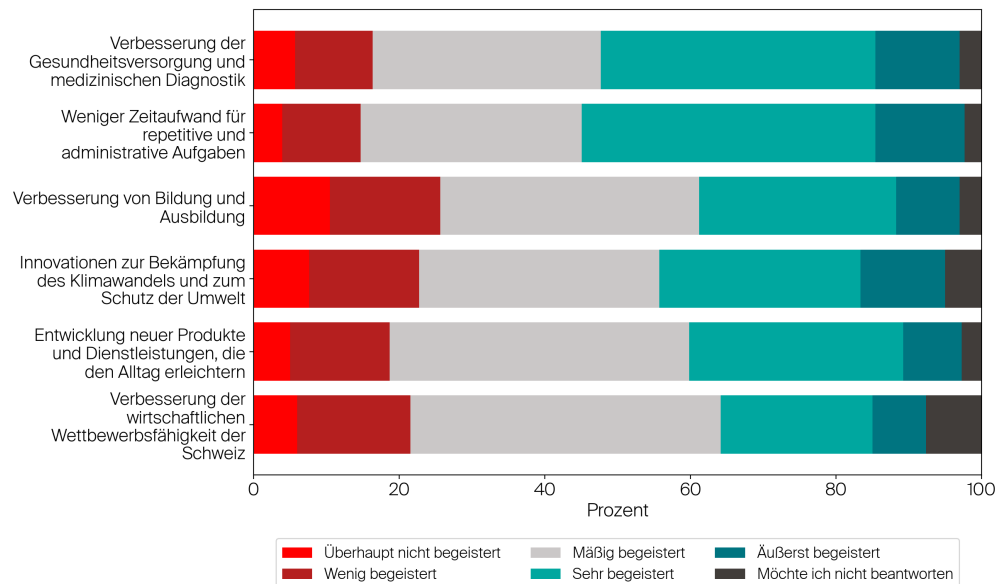
«Wie besorgt sind Sie über die folgenden potenziellen Probleme im Zusammenhang mit KI?»



Die grössten Bedenken betreffen den böswilligen Einsatz von KI (Hacking, Cyberangriffe): 81 % der Befragten sind sehr oder äusserst besorgt, und nur 3 % wenig oder gar nicht besorgt. Die Schwierigkeit, echte Informationen von KI-generierten Inhalten zu unterscheiden (Deepfakes, Desinformation), beunruhigt 77 % der Befragten stark. Der Verlust der Privatsphäre und der Missbrauch persönlicher Daten besorgen 65 % der Befragten. Das Risiko, dass KI-Systeme zu mächtig oder unkontrollierbar werden, beunruhigt 63 % der Befragten. Der Verlust von Arbeitsplätzen durch Automatisierung besorgt 59 % von ihnen. Schliesslich beunruhigen voreingenommene oder ungerechte Entscheidungen durch KI-Systeme 50 % der Befragten.

→ Kernaussage: Die Risiken im Bereich Cybersicherheit, Desinformation und Datenschutz dominieren die Bedenken, noch vor den Themen Beschäftigung und algorithmische Verzerrungen.

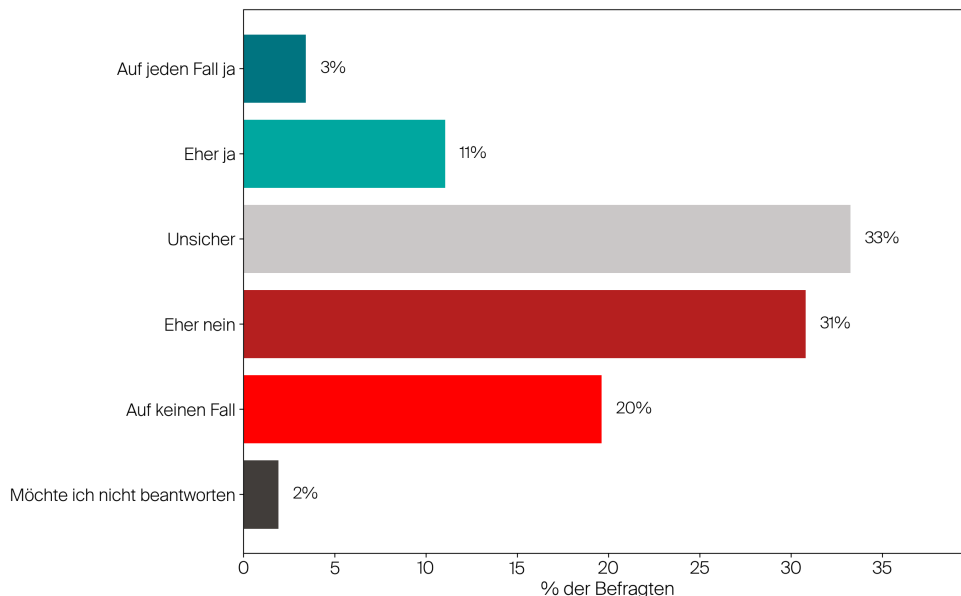
«Wie gespannt sind Sie auf die folgenden potenziellen Vorteile der KI?»



Die Befragten zeigen sich am meisten begeistert von der Reduzierung des Zeitaufwands für repetitive und administrative Aufgaben: 53 % erklären sich als sehr oder äusserst begeistert, gegenüber 15 %, die wenig oder nicht begeistert sind. Die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der medizinischen Diagnostik weckt ebenfalls beachtliche Begeisterung (49 %). Innovationen zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Schutz der Umwelt erzeugen moderate Begeisterung (39 %), ebenso wie die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen (37 %). Die Verbesserung von Bildung und Ausbildung spaltet die Befragten stärker (36 % begeistert, 26 % wenig oder nicht begeistert). Schliesslich ruft die Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz die geringste Begeisterung hervor (28 %).

→ Kernaussage: Produktivitätsgewinne und medizinische Anwendungen wecken die grösste Begeisterung, während wirtschaftliche und bildungsbezogene Vorteile gemischtere Reaktionen hervorrufen.

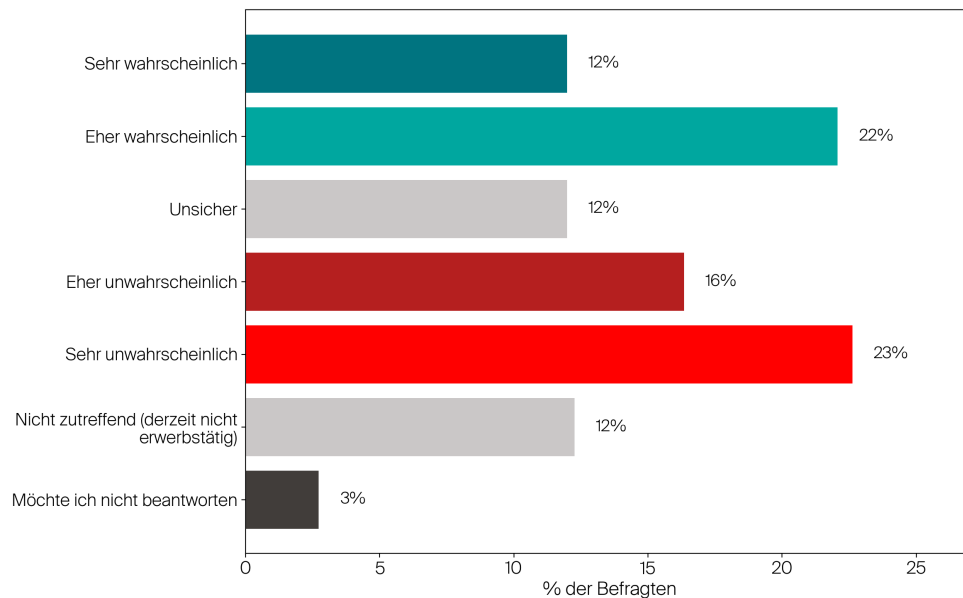
«Glauben Sie, dass KI und Automatisierung in der Schweiz mehr Arbeitsplätze schaffen als sie vernichten werden?»



Eine relative Mehrheit der Befragten zeigt sich skeptisch hinsichtlich einer Nettobeschäftigungszunahme durch KI. Insgesamt sind 50 % der Meinung, dass KI wahrscheinlich oder sicher nicht mehr Arbeitsplätze schaffen wird, als sie vernichtet (31 % wahrscheinlich nicht, 20 % sicher nicht). Nur 14 % erwarten einen positiven Saldo (11 % wahrscheinlich ja, 3 % sicher ja). Ein Drittel der Befragten (33 %) ist unentschieden.

→ Kernaussage: Die Hälfte der Befragten bezweifelt, dass KI mehr Arbeitsplätze schaffen als vernichtet wird, was eine erhebliche Besorgnis über die Zukunft der Arbeit offenbart.

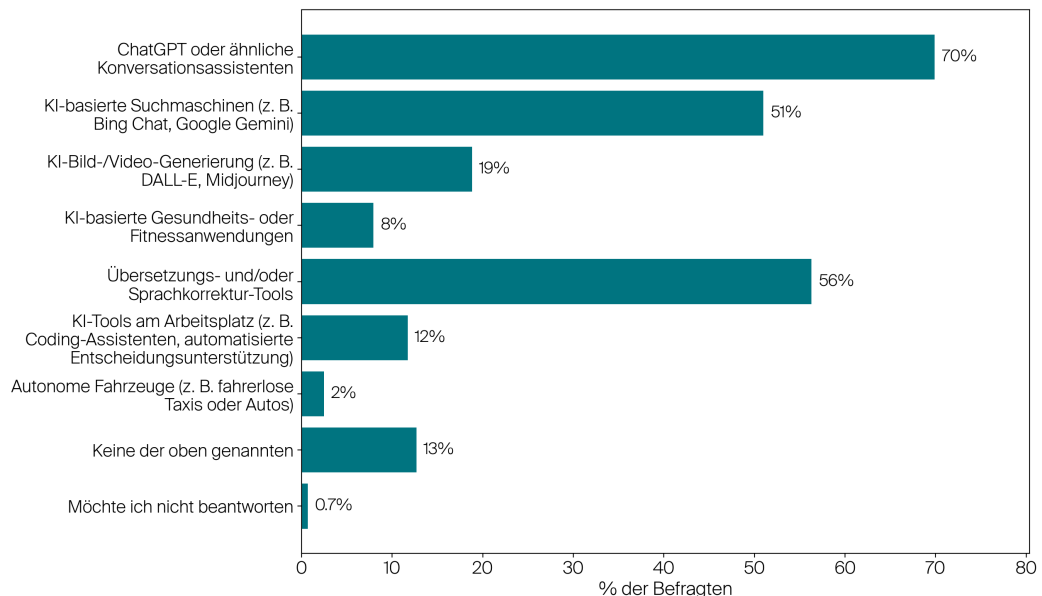
«Glauben Sie, dass Ihr eigener Arbeitsplatz (oder Berufsfeld) in den nächsten 5 Jahren durch KI ersetzt oder grundlegend verändert wird?»



Die Meinungen zur Auswirkung der KI auf den persönlichen Arbeitsplatz der Befragten sind geteilt. Etwa 34 % halten es für eher oder sehr wahrscheinlich, dass ihr Arbeitsplatz durch KI ersetzt oder grundlegend verändert wird (22 % eher wahrscheinlich, 12 % sehr wahrscheinlich). Umgekehrt halten 39 % diese Perspektive für unwahrscheinlich (16 % eher unwahrscheinlich, 23 % sehr unwahrscheinlich). Ein nennenswerter Anteil (12 %) ist unentschieden, und 12 % sind nicht betroffen (derzeit ohne Beschäftigung).

→ Kernaussage: Ein Drittel der Erwerbstätigen erwartet eine tiefgreifende Veränderung ihres Arbeitsplatzes durch KI, aber ein etwas grösserer Anteil sieht sich vor diesen Veränderungen geschützt.

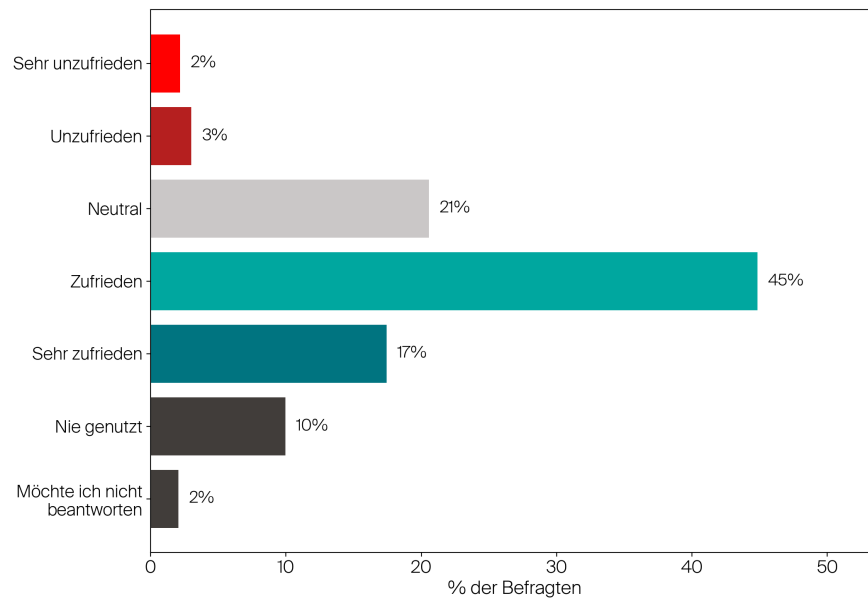
«Welche der folgenden KI-Anwendungen oder -Dienste haben Sie im vergangenen Jahr persönlich genutzt?»



Eine grosse Mehrheit der Befragten hat bereits KI-Werkzeuge ausprobiert. ChatGPT oder ähnliche Konversationsassistenten wurden von 70 % der Befragten genutzt und sind damit das am weitesten verbreitete Werkzeug. Übersetzungs- und Sprachkorrekturtools wurden von 56 % genutzt und KI-basierte Suchmaschinen (Bing Chat, Google Gemini) von 51 %. Spezialisiertere Nutzungen bleiben in der Minderheit: 19 % haben Bild- oder Videogenerierungstools (DALL-E, Midjourney) genutzt, 12 % KI-Tools am Arbeitsplatz (Programmierassistenten, Analysetools) und 8 % KI-basierte Gesundheits- oder Fitness-Apps. Nur 13 % der Befragten geben an, kein KI-Werkzeug genutzt zu haben.

→ Kernaussage: Die Nutzung von KI-Werkzeugen ist bereits weit verbreitet — fast 9 von 10 Befragten haben mindestens ein Tool genutzt, mit ChatGPT an der Spitze.

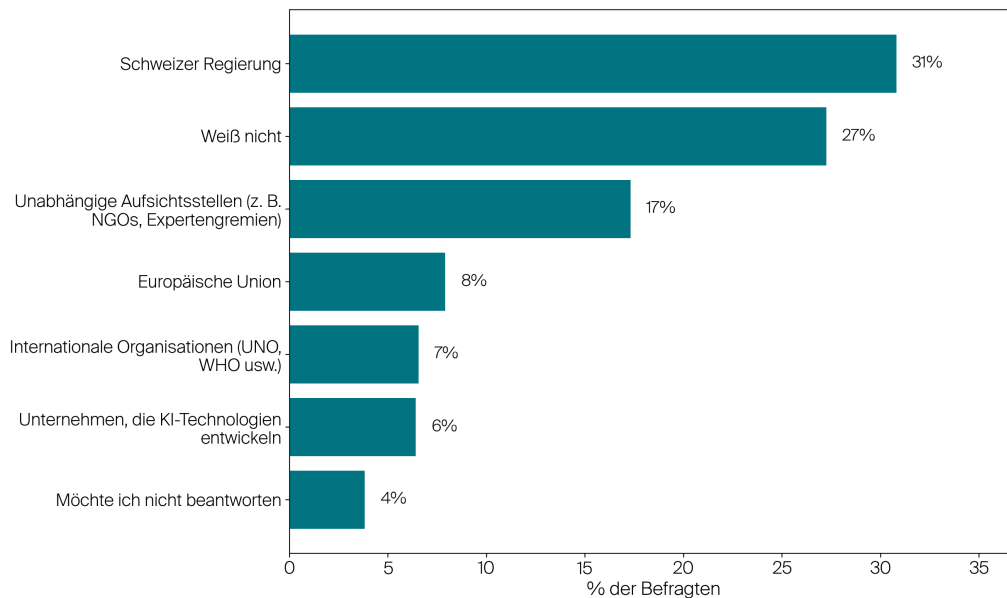
«Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit Ihrer Erfahrung mit diesen KI-Tools?»



Die Zufriedenheit mit den KI-Tools ist überwiegend positiv. Unter allen Befragten erklären sich 62 % als zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrer Erfahrung (45 % zufrieden, 17 % sehr zufrieden), während nur 5 % Unzufriedenheit äussern. Anzumerken ist, dass 10 % der Befragten angeben, diese Tools nie genutzt zu haben.

→ Kernaussage: Die grosse Mehrheit der Befragten ist mit ihrer Erfahrung mit KI-Tools zufrieden, wobei Unzufriedenheit marginal bleibt (5 %).

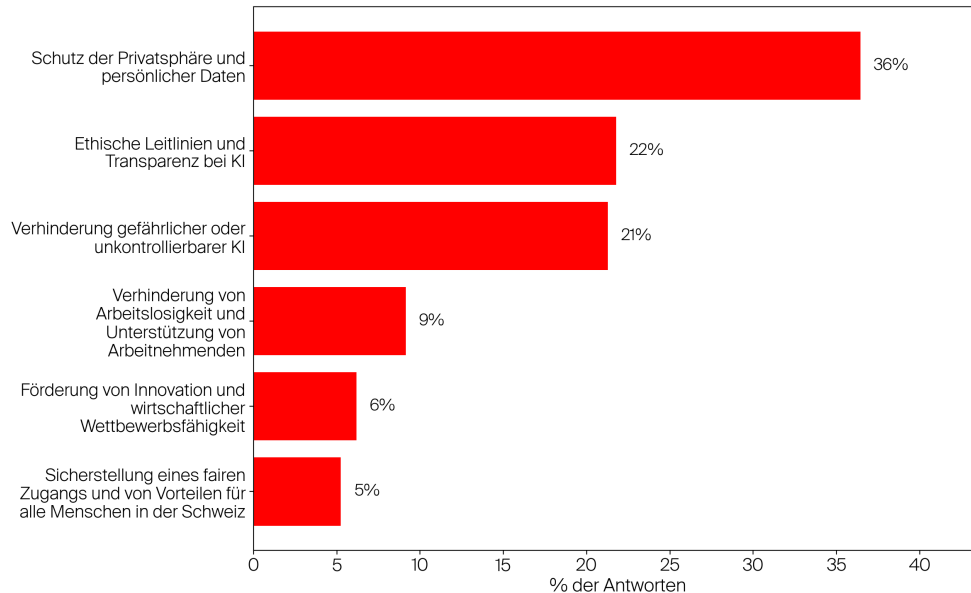
«Wer sollte die Hauptverantwortung für die Steuerung der KI und ihrer Auswirkungen tragen?»



Auf die Frage, welcher Akteur die Hauptverantwortung für die Steuerung der KI übernehmen sollte, setzen die Befragten die Schweizer Regierung an die Spitze (31 %), gefolgt von einer beträchtlichen Anzahl von Personen, die angeben, es nicht zu wissen (27 %). Unabhängige Kontrollorgane (NGOs, Expertenkommissionen) werden von 17 % der Befragten genannt. Die Europäische Union (8 %), internationale Organisationen (7 %) und die Technologieunternehmen selbst (6 %) erzielen bescheidenere Werte.

→ Kernaussage: Die Schweizer Regierung ist der bevorzugte Akteur für die Steuerung der KI, aber die erhebliche Unsicherheit zeugt von einem Bedarf an Klärung der institutionellen Landschaft.

«Die Schweiz sollte folgende Aspekte in ihrer KI-Politik priorisieren (wählen Sie maximal zwei)»



Da bei dieser Frage Mehrfachantworten möglich waren (maximal zwei Antworten), werden die Ergebnisse hier als Anteil der Antworten dargestellt. Der Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Daten steht deutlich an erster Stelle (36,4 % der Antworten), gefolgt von ethischen Richtlinien und Transparenz der KI (21,8 %) und der Verhinderung einer unkontrollierbaren oder gefährlichen KI (21,3 %). Die Vermeidung von Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der Arbeitnehmenden machen 9,1 % der Antworten aus, während wirtschaftliche Überlegungen (6,2 %) und der gleichberechtigte Zugang (5,2 %) seltener genannt werden.

→ Kernaussage: Der Datenschutz und die ethische Regulierung der KI sind die am häufigsten genannten Prioritäten der Befragten, weit vor wirtschaftlichen Überlegungen.

Zusammensetzung der Bürger:innenversammlung

Die Bürger:innenversammlung der EPFL zur künstlichen Intelligenz umfasste 40 Teilnehmende. Unter den Teilnehmenden waren 19 Frauen und 21 Männer, was eine insgesamt ausgewogene Geschlechterverteilung gewährleistete. Die Gruppe bestand überwiegend aus Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit, die mehrheitlich in der Schweiz geboren waren, wobei auch diverse Herkunftshintergründe vertreten waren.

Wie die 40 Teilnehmenden ausgewählt wurden. Die Auswahl erfolgte aus den Personen, die den Fragebogen beantwortet und ihre Bereitschaft (und Verfügbarkeit) zur Teilnahme an der Bürger:innenversammlung über alle vier Tage hinweg bekundet hatten. Ziel war es, eine möglichst vielfältige Gruppe zusammenzustellen, die der Bevölkerung der Westschweiz in Bezug auf zentrale Kriterien (insbesondere Alter, Geschlecht und Bildungsniveau) nahekommt.

Konkret wurden die im Fragebogen angegebenen Informationen in Kategorien zusammengefasst (Altersgruppen, Geschlecht, Bildungsniveau und politische Selbsteinschätzung). Anschliessend wurden Verteilungsziele festgelegt (auf der Grundlage der Bevölkerungsstatistiken und der verfügbaren Antworten). Schliesslich wurde eine gewichtete Zufallsauswahl durchgeführt: Jeder Freiwillige erhielt eine angepasste Auswahlwahrscheinlichkeit, um die Ziele für alle Kriterien gleichzeitig bestmöglich zu erreichen. Dieser Ansatz bewahrt den Zufallscharakter der Auswahl und gewährleistet zugleich eine bessere Repräsentativität als eine einfache Zufallsauswahl.

Nach dieser ersten Ziehung wurden die ausgewählten Personen kontaktiert und eingeladen. Bei Absagen oder Nichtverfügbarkeit wurden nach dem gleichen Prinzip Ersatzpersonen aus den übrigen Freiwilligen nachgezogen, bis eine endgültige Gruppe von 40 Teilnehmenden erreicht war.

Drei zu unterscheidende Gruppen. Es ist nützlich, zwischen (A) der Gesamtheit der Fragebogenteilnehmenden (n=734), (B) den als interessiert und für vier Tage verfügbar gemeldeten Personen (n=177) und (C) den tatsächlich anwesenden Teilnehmenden (n=40) zu unterscheiden. Zwischen (A) und (B) zeigt sich ein «Freiwilligeneffekt»: Die zur Teilnahme über vier Tage bereiten Personen stammen häufiger aus dem Kanton Waadt (26,6 % in (B) gegenüber 17,3 % in (A)), haben häufiger ein tertiäres Bildungsniveau (Uni/FH: 49,2 % in (B) gegenüber 44,0 % in (A)) und positionieren sich auf der politischen Skala etwas weniger rechts (8–10: 6,8 % in (B) gegenüber 11,2 % in (A)). Die endgültige Gruppe (C) behält eine grosse Vielfalt bei und korrigiert einige dieser Abweichungen teilweise, insbesondere beim

Bildungsniveau (Uni/FH: 37,5 % in (C) gegenüber 49,2 % in (B)) und bei der Geschlechterverteilung (21 Männer, 19 Frauen). Bei der politischen Selbsteinschätzung (Skala 0 = sehr links, 10 = sehr rechts) liegen alle drei Gruppen global in der Mitte (Median = 5 in (A), (B) und (C)). In der Gesamtstichprobe (A) positionieren sich 25,8 % zwischen 0–3, 63,0 % zwischen 4–7 und 11,2 % zwischen 8–10 (n = 663; 71 fehlende Angaben). Unter den interessierten und verfügbaren Personen (B) bleibt die Verteilung zentriert, wobei der Anteil von 8–10 geringer ist (27,3 % / 65,8 % / 6,8 %; n = 161; 16 fehlende Angaben). Die endgültige Gruppe (C) bleibt zentristisch und pluralistisch, mit Positionen von 0 bis 10 (Durchschnitt 4,95; 29,7 % / 62,2 % / 8,1 %; n = 37; 3 fehlende Angaben).

Die endgültige Gruppe deckt alle Altersgruppen ab (18–29: 20,0 %; 30–44: 27,5 %; 45–59: 30,0 %; 60+: 22,5 %) sowie alle Westschweizer Kantone (Waadt: 22,5 %; Jura: 20,0 %; Wallis: 15,0 %; Genf: 15,0 %; Freiburg: 10,0 %; Bern, frankophoner Teil: 10,0 %; Neuenburg: 7,5 %). Der hohe Anteil des Jura und der geringere Anteil von Neuenburg sind mit Vorsicht zu interpretieren: In einer Gruppe von 40 Personen können wenige Absagen und Ersatzziehungen (sowie der Zufall der Auswahl) die kantonale Verteilung spürbar verändern.

Die Mehrheit war beruflich aktiv, hauptsächlich in Vollzeit oder Teilzeit, und nur sehr wenige befanden sich in einer Situation der Arbeitslosigkeit. Die angegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse waren insgesamt stabil, wobei die meisten Haushalte angaben, über ausreichende Mittel oder sogar einen Überschuss zu verfügen. Schliesslich zeichnete sich die Versammlung durch ein starkes bürgerschaftliches Engagement aus, das sich in einer regelmässigen Teilnahme an Abstimmungen zeigte, was von einer ausgeprägten sozialen und demokratischen Verankerung zeugt.

Methodik und Ablauf der Bürger:innenversammlung

Die Bürger:innenversammlung zur künstlichen Intelligenz fand an vier Tagen statt, verteilt auf zwei Wochenenden, am 1. und 2. November sowie am 15. und 16. November 2025. Die gewählte Methodik basierte auf einer mehrstufigen Progression, die darauf abzielte, den Teilnehmenden den Erwerb von Wissen zum Thema KI zu ermöglichen, kollektiv zu beraten, um die prioritären Themen zu identifizieren und auszuwählen, und anschliessend strukturierte Vorschläge zu formulieren. Der Prozess wurde von Demoscan, einem Schweizer Verein für demokratische Innovationen, insbesondere für deliberative und ausgeloste Verfahren, konzipiert, um einen progressiven Kompetenzaufbau, eine fundierte Diskussion und eine kollektive Formulierung der Themen und Empfehlungen zu gewährleisten.

TAG 1 — INFORMATION UND ANEIGNUNG DER THEMEN

Der erste Tag der Bürger:innenversammlung war dem Wissenserwerb und der Schaffung eines gemeinsamen Beratungsrahmens gewidmet. Er zielte darauf ab, den Teilnehmenden ein besseres Verständnis der mit der künstlichen Intelligenz verbundenen Herausforderungen zu ermöglichen und gleichzeitig die methodischen Grundlagen für die weiteren kollektiven Arbeiten zu legen.

Zu diesem Zweck begann der Tag mit Aktivitäten zur Förderung des gegenseitigen Kennenlernens und der Gruppendynamik. Die Teilnehmenden tauschten sich in Kleingruppen über ihre Motivation zur Teilnahme an der Versammlung sowie über ihre aktuelle Nutzung der künstlichen Intelligenz aus. Diese Phase diente dazu, die Vielfalt der Erfahrungen und Erwartungen zu erfassen und gleichzeitig ein für die Beratung förderliches Vertrauensklima zu schaffen. Die Teilnehmenden legten gemeinsam die Regeln für den Ablauf der Diskussionen fest. Diese betrafen insbesondere den Respekt gegenüber allen Wortmeldungen, aktives Zuhören, die Ausgewogenheit der Redezeiten und die Vertraulichkeit der gruppeninternen Diskussionen.

Der Tag wurde mit einem Expertenvortrag von Professor Marcel Salathé (EPFL AI Center) fortgesetzt, der eine sachliche und zugängliche Einführung in die künstliche Intelligenz bieten sollte. Dieser Vortrag behandelte die historische Entwicklung der KI, ihre Funktionsprinzipien, die für ihre Entwicklung erforderlichen Ressourcen (Daten, Rechenkapazität und Energie) sowie die Herausforderungen im Zusammenhang mit offenen Modellen und Schweizer Initiativen.

Schliesslich umfasste der Tag eine Debatte mit Personen aus Politik und Institutionen, namentlich den Nationalräten Isabelle Chappuis (VD / Die Mitte) und Gerhard Andrey (FR / Die Grünen), die Einblicke in die Themen digitale Souveränität, Steuerung, Datensicherheit und Regulierung boten.

Insgesamt zielte dieser erste Tag darauf ab, eine gemeinsame Wissens- und Methodenbasis zu schaffen, die für die kollektive Identifikation der Themen und die Formulierung von Vorschlägen an den folgenden Tagen unerlässlich ist.

Schliesslich schloss der Tag mit einer spezifischen Arbeit zur Einleitung des Berichts. Die Teilnehmenden wurden aufgefordert, in Gruppen die Kernbotschaften und Intentionen zu formulieren, die sie in der Präambel des Berichts wiederfinden möchten.

TAG 2 — BERATUNG UND IDENTIFIKATION DER THEMEN

Der zweite Tag der Bürger:innenversammlung war der Vertiefung des Wissens, der Berücksichtigung von Inklusionsfragen in der Beratung sowie der Identifikation und Strukturierung der prioritären Themen gewidmet, die den weiteren Prozess bestimmen sollten.

Der Vormittag begann mit einer Gruppendynamik-Aktivität zum Thema Inklusion und gleichberechtigte Teilnahme. Durch eine spezifische Übung («der Gang der Macht») wurden die Teilnehmenden für die Bedeutung der moralischen Gleichheit unter den Versammlungsmitgliedern und für mögliche Asymmetrien bei der Wortmeldung sensibilisiert.

Der Tag wurde mit einer Reihe von Expertenanhörungen in Form von Präsentationen mit anschliessenden Fragerunden fortgesetzt. Diese Beiträge, die insbesondere von Professor Marcel Salathé und Olga Baranova (CH++) geleistet wurden, hatten zum Ziel, das Wissen der Teilnehmenden über den mit der künstlichen Intelligenz verbundenen Wandel zu vertiefen.

Im Anschluss an diese Anhörungen ermöglichten Reflexionsphasen in Gruppen den Teilnehmenden, die Schlüsselinformationen aus dem Austausch mit den Experten zu identifizieren und die wichtigsten Erkenntnisse zu formulieren. Dieser Schritt sollte die kollektive Aneignung der Inhalte fördern und die Problematisierungsphase vorbereiten.

Der Nachmittag war der Fortsetzung der Workshoparbeit gewidmet. Die Teilnehmenden waren aufgefordert, die Diskussionen im Licht der Expertenbeiträge zu bereichern und anschliessend eine zweite Workshopreihe zur Identifikation und Formulierung zentraler Themen durchzuführen. Die Gruppen tauschten sich über ihre Erwartungen und Bedenken aus, um klare, vollständige und auch für am Prozess nicht beteiligte Personen verständliche Themenstellungen zu formulieren.

Am Ende dieser Arbeiten wurden die Workshopergebnisse im Plenum vorgestellt und einer Präferenzabstimmung unterzogen. Am Ende des zweiten Tages und des ersten Wochenendes wurden acht Themenfelder identifiziert.

TAG 3 — VERTIEFUNG UND FORMULIERUNG DER ZIELE

Der dritte Tag der Bürger:innenversammlung war der Auswahl, Priorisierung und Klärung der in den vorangegangenen Tagen identifizierten Themen gewidmet. Er stellte eine zentrale Etappe des deliberativen Prozesses dar und zielte darauf ab, die Themen zu reduzieren und zu strukturieren, um eine vertiefte und operative Arbeit in der nächsten Phase zu ermöglichen.

Die Teilnehmenden arbeiteten in ihren jeweiligen Gruppen auf Grundlage der acht am Ende des zweiten Tages identifizierten Themenfelder. Die Aufgabe bestand darin, kollektiv zu beraten, welche fünf Themen als die wichtigsten und prioritärsten angesehen wurden, und die Argumente für diese Auswahl zu formulieren.

Es war ausdrücklich vorgesehen, dass die Gruppen die Zusammenlegung bestimmter Themen vorschlagen konnten, wenn diese als eng miteinander verbunden angesehen wurden, unter der Bedingung, die Logik klar zu erläutern und die Zustimmung der Gruppe einzuholen. Die Präsentationen im Plenum und die kollektiven Diskussionen führten zu folgenden Entscheidungen: Bestimmte Themen wurden in andere integriert, wenn sie konvergierende Problematiken betrafen, während ein Thema als eigenständiges Thema verworfen wurde, dessen Elemente jedoch transversal in andere Rahmen einfließen konnten. Am Ende dieser kollektiven Beratung wurden fünf Hauptthemen für den weiteren Prozess beibehalten, die weiter unten im vorliegenden Bericht zu finden sind.

Nach der Beratung, die zur Auswahl der fünf prioritären Themen führte, verteilten sich die Teilnehmenden erneut in fünf Arbeitsgruppen, wobei jeder Gruppe eines der ausgewählten Themen zugewiesen wurde. Ziel dieser Sequenz war es, die zu bevorzugenden Orientierungen als Antwort auf das zugewiesene Thema zu präzisieren, indem ein oder zwei Hauptziele identifiziert und formuliert wurden. Die Gruppen wurden aufgefordert, sich auf klare, operativ formulierte Ziele zu konzentrieren, die als Grundlage für die Ausarbeitung konkreter Vorschläge dienen können.

TAG 4 — FORMULIERUNG UND FINALISIERUNG DER VORSCHLÄGE

Der vierte und letzte Tag der Bürger:innenversammlung war der Ausarbeitung, der Diskussion und der endgültigen Verabschiedung der Vorschläge gewidmet, die den Zielen der fünf ausgewählten Themen zugeordnet sind.

Die Teilnehmenden arbeiteten an der Formulierung konkreter Vorschläge für jedes der Themen, ausgehend von den am Vortag definierten Zielen. Jedes Thema war Gegenstand gesonderter Vorschläge, die an die Gemeinschaft und an die politischen Akteure gerichtet waren.

Die Vorschläge wurden anschliessend in einer Plenarsitzung diskutiert. Diese Phase der kollektiven Beratung zielte darauf ab, alle formulierten Vorschläge zu teilen, zu debattieren und gegebenenfalls durch Abstimmung Entscheidungen zu treffen, um für jedes Thema zwei Vorschläge in ihrer endgültigen Formulierung beizubehalten. Die redaktionellen Anpassungen wurden in Echtzeit auf Grossleinwand unter Kontrolle der Teilnehmenden vorgenommen, um die Treue zu den kollektiv getroffenen Entscheidungen zu gewährleisten.



Endgültige Formulierung der Themen, Ziele und Vorschläge

Die nachfolgend dargestellten Themen sind das Ergebnis des deliberativen Prozesses, der Wissensvermittlung, Gruppendiskussionen und kollektive Entscheidungen kombinierte. Ihre Formulierung, einschliesslich der Wortwahl und der verwendeten Verben, wurde nicht verändert und entspricht exakt der von den Teilnehmenden der Bürger:innenversammlung verabschiedeten Fassung.

Hinweis zur Übersetzung: Die Teilnehmenden der Bürger:innenversammlung haben ausschliesslich die französische Originalfassung der Themen, Ziele und Vorschläge verabschiedet. Die nachfolgenden Texte sind Übersetzungen ins Deutsche. Nur die französische Fassung im Originalbericht (*Rapport de l'Assemblée citoyenne sur l'intelligence artificielle*) ist die von den Teilnehmenden genehmigte Referenzversion.

THEMA 1: Den Grad der Beteiligung und Verantwortung des Staates im Bereich der KI, ihrer Entwicklung und Umsetzung in der Schweiz bestimmen.

Ziel 1: Eine nationale KI-Strategie verabschieden.

Ziel 2: Die Entwicklung der KI im Einklang mit den Menschenrechten fördern, angereichert durch Schweizer Werte, um die Zukunft der KI zu beeinflussen.

FÜR DIE GEMEINSCHAFT	FÜR DIE POLITIK
<p>1. Die von den politischen Instanzen definierten Strategien umsetzen, indem Zusammenarbeit zwischen Politik, Experten und Bürgerinnen und Bürgern eingerichtet wird (z. B.: Kommissionen, Mandate, Sitzungen, Audits, Bürger:innenversammlungen), um die ordnungsgemässe Umsetzung dieser Strategien zu steuern und zu bewerten.</p> <p>2. Die nationale und internationale Forschung im Bereich KI stärken: insbesondere in technologischen, sozialen, ethischen Aspekten... (Ausschreibungen, Wettbewerbe, Konferenzen, Universitäten usw.)</p>	<p>1. Ein neues Bundesamt für KI und neue Technologien schaffen, um eine politische Strategie zu definieren und umzusetzen, die die Menschenrechte und Schweizer Werte respektiert (Neutralität, humanitäre Tradition, Demokratie, Frieden, Diplomatie...).</p> <p>2. Eine nachhaltige Finanzierung für die Bedürfnisse der KI-Forschung und -Entwicklung sicherstellen (z. B. EPFL, ETHZ, Hochschulen und Universitäten, Projekt Apertus).</p>

THEMA 2: Den Zugang zur KI demokratisieren und Gleichheit fördern, eine gesunde, verantwortungsvolle und ethische Nutzung fördern, insbesondere um Abhängigkeit zu begrenzen und soziale Interaktionen auch in der realen Welt zu begünstigen.

Ziel 1: Die Bevölkerung für KI sensibilisieren und sie in deren verantwortungsvoller Nutzung schulen sowie den Zugang für alle erleichtern.

Ziel 2: Soziale, kulturelle, sportliche und künstlerische Begegnungen fördern, um nicht in die «Alles-KI»-Falle zu tappen.

FÜR DIE GEMEINSCHAFT	FÜR DIE POLITIK
<p>1. Vereine, Medien, Mediatheken, Schulen, Volkshochschulen usw. ermutigen und unterstützen, um die Öffentlichkeit für KI zu sensibilisieren und ihr Verständnis, ihre Nutzung und ihre ökologischen, geopolitischen, sozialen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen Auswirkungen zu fördern... sowie Fälle von Abhängigkeit zu betreuen.</p> <p>2. Lokale Veranstaltungen für ein breites Publikum schaffen/fördern/darüber informieren (Festivals, Tage der offenen Tür, interaktive Szenarien, Forumtheater usw.) oder sich in bestehende Veranstaltungen integrieren, um für das Thema KI zu sensibilisieren und menschliche Kontakte gegenüber digitalen zu bevorzugen.</p>	<p>1. Organisationen/Expertenpools schaffen und unterstützen, die als Referenzstellen für Bildung/Sensibilisierung/Risikoprävention bei der Bevölkerung, den Kantonen und Regionen dienen, in Zusammenarbeit insbesondere mit den Bildungs- und Gesundheitsdiensten.</p> <p>2. Die Finanzierung sozialer, kultureller, sportlicher und künstlerischer Aktivitäten erhöhen (lokale Sportvereine, Pfadfinder, Theater, Konservatorium, Tanz usw.), um soziale Interaktionen zu stärken.</p>

THEMA 3: Die Arbeitswelt auf den KI-bedingten Wandel vorbereiten in Bezug auf den Sozial- und Finanzschutz sowie die technologische Entwicklung der Arbeitsplätze.

Ziel 1: Die sozioprofessionellen Auswirkungen des Aufkommens der KI antizipieren.

Ziel 2: Die Würde und eine menschliche und finanzielle Begleitung für Personen gewährleisten, die durch KI ihre Arbeit verlieren oder eine Veränderung ihrer Stelle erfahren können.

FÜR DIE GEMEINSCHAFT	FÜR DIE POLITIK
<p>1. Schutzmassnahmen entwickeln und ergreifen sowie Ausbildungen anpassen, um die Entwicklung der Arbeitswelt im Zusammenhang mit KI zu antizipieren.</p> <p>2. Einen Teil der von den Dachverbänden und anderen Schweizer Berufsverbänden auf Bundes- und/oder Kantonsebene gespeisten Mittel der Aus- und Weiterbildung sowie der Umschulung im Zusammenhang mit KI-bedingtem Arbeitsplatzverlust widmen.</p>	<p>1. Anbieter, die durch KI einen dauerhaften Arbeitsplatzverlust verursachen, besteuern oder belasten.</p> <p>2. Berufliche Umschulungen, insbesondere für neue KI-Berufe, fördern und neu denken (z. B. die Arbeitslosenversicherung an die Herausforderungen der KI anpassen).</p>

THEMA 4: Den Ursprung und die Rückverfolgbarkeit der Produktionen gewährleisten und unterscheiden, was vom Menschen und was von der KI stammt.

Ziel 1: Die menschliche Schöpfung kennzeichnen.

Ziel 2: Den Schutz des Urheberrechts anpassen und stärken.

FÜR DIE GEMEINSCHAFT	FÜR DIE POLITIK
<p>1. Ein Label schaffen, das den Ursprung der Produktionen garantiert (Beispiel «Swiss valid ®»):</p> <ul style="list-style-type: none">• Nachweis der menschlichen Schöpfung• Unverletzliche/verschlüsselte digitale Signatur (z. B. Blockchain) <p>2. Dem Urheber ermöglichen, die Nutzung und Veränderung seines Werks durch KI zu verweigern.</p>	<p>1. Bundesweite Anerkennung des Labels, Sensibilisierung und Unterstützung (finanziell, Begleitung...) für dessen Verbreitung und Nutzung in der Schweiz und im Ausland.</p> <p>2. Den Schutz des Urheberrechts in einem nationalen und internationalen rechtlichen Rahmen im Zusammenhang mit KI anpassen und stärken.</p>

THEMA 5: Verantwortungsvolle und ethische Praktiken der KI-Nutzer (juristische und natürliche Personen) definieren, die den Datenschutz und die Zuverlässigkeit der online geteilten Werkzeuge gewährleisten.

Ziel 1: Kriterien guter Praktiken für Nutzer und Anbieter definieren und Instrumente schaffen (nationales Zertifizierungsorgan, Gesetzgebung...), die es ermöglichen, gute Praktiken umzusetzen und zu bewerten.

Ziel 2: Die Cyberkriminalität bekämpfen.

FÜR DIE GEMEINSCHAFT	FÜR DIE POLITIK
1. Pädagogische Instrumente und Sensibilisierungskurse zum Datenschutz, zur Betrugsprävention, zu den Gefahren der Nutzung von KI und Internet usw. einführen, und zwar ab dem Kindesalter und für jedes Alter, im schulischen und außerschulischen, im vereins- und berufsbezogenen Rahmen.	1. Eine Gesetzgebung und ein unabhängiges, spezifisches Auditgremium einrichten, das die ethische Konformität und die Kriterien guter Praktiken (Label) überprüft. 2. Eine «Task Force» des Bundes schaffen, bestehend aus Regierungsmitgliedern, Polizei und unabhängigen Experten, um den Kampf gegen die durch KI verstärkte Cyberkriminalität (personell und finanziell) zu intensivieren.

Fazit

Die Bürger:innenversammlung zur künstlichen Intelligenz wurde vom EPFL AI Center in Zusammenarbeit mit dem Forschungsschwerpunkt für demokratische Innovationen der Universität Genf (UNIGE) organisiert. Das deliberative Verfahren wurde vom Verein Demoscan konzipiert und durchgeführt, der für die Methodik, die Moderation und den reibungslosen Ablauf der Arbeiten verantwortlich war. Das gesamte Dispositiv basierte auf einem zentralen Prinzip der Neutralität, sowohl bei der Konzeption des Prozesses als auch bei der Auswahl und Präsentation der Inhalte, um einen ausgewogenen, nicht präskriptiven und der Bildung fundierter Meinungen förderlichen Reflexionsrahmen zu gewährleisten.

Dieses Projekt ist Teil der umfassenderen Mission des EPFL AI Center: die Produktion unabhängiger wissenschaftlicher Erkenntnisse, den Beitrag zur Bildung kritischer und informierter Bürgerinnen und Bürger sowie die Förderung einer fundierten öffentlichen Debatte angesichts einer technologischen Revolution mit grossen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Die Ergebnisse und Vorschläge dieser Versammlung bilden eine Arbeitsgrundlage, die dazu bestimmt ist, akademische, institutionelle und politische Überlegungen zu bereichern. Die nächsten Schritte des Prozesses zielen darauf ab, diese Beiträge zu würdigen, ihre Verbreitung sicherzustellen und die Möglichkeiten ihrer Integration in zukünftige Debatten und Initiativen zur Entwicklung und Steuerung der künstlichen Intelligenz zu erkunden.

Rückmeldungen der Teilnehmenden (Abschlussfragebogen)

Am Ende der vier Tage wurde ein Abschlussfragebogen von 39 Teilnehmenden ausgefüllt. Er gibt Aufschluss darüber, wie das Verfahren erlebt wurde und wie es sich auf die Wahrnehmungen ausgewirkt hat.

- **Sehr hoch wahrgenommene Neutralität:** Die Teilnehmenden bewerten die Neutralität der Teams sehr positiv (EPFL: 9,8/11; Demoscan/UNIGE: 9,4/11; Moderation: 10,1/11).
- **Deliberative Qualität:** Die Bewertungen sind hoch bezüglich Respekt (10,1/11) und bezüglich der Fähigkeit der Moderation, ein konstruktives Klima zu schaffen (10,1/11) und gegensätzliche Argumente zu berücksichtigen (9,7/11).
- **Schlussbericht stark befürwortet:** Die Zufriedenheit mit dem Schlussbericht ist sehr hoch (Durchschnitt 10,4/11), ohne negative Bewertung.

- **Einstellungswandel:** Im Durchschnitt berichten die Teilnehmenden über eine positivere Wahrnehmung der KI am Ende des Prozesses, mit einer statistisch signifikanten Veränderung.

Der vollständige Bericht dieser Abschlussbefragung ist auf der Website des EPFL AI Center verfügbar.

Weitere Informationen:

- Das EPFL AI Center: <https://ai.epfl.ch/>
- Der Forschungsschwerpunkt für demokratische Innovationen (Universität Genf): <https://www.unige.ch/pidem/>
- Demoscan: <https://demoscan.ch/fr/>

Danksagung

Die Organisatoren danken herzlich allen Personen, die zur Konzeption, Umsetzung und zum reibungslosen Ablauf der Bürger:innenversammlung der EPFL zur künstlichen Intelligenz beigetragen haben. Ihr Engagement war entscheidend für die Gewährleistung der wissenschaftlichen, methodischen und deliberativen Qualität des Prozesses.

Die an der Organisation, Begleitung und Moderation der Versammlung beteiligten Personen sind insbesondere:

- Prof. Marcel Salathé, EPFL AI Center
- Prof. Nenad Stojanović, Universität Genf / Demoscan
- Dr. Victor Sanchez-Mazas, Universität Genf / Demoscan
- Christiane Amici-Raboud, CYC partenaires / Demoscan
- Dr. Francesco Veri, Zentrum für Demokratie Aarau / Demoscan
- Nicolas Machado, EPFL AI Center
- Maroussia Schaffner-Portillo, EPFL AI Center
- Nathalie Likhite, Moderatorin
- Kim Ingold, Moderatorin

Die Organisatoren richten abschliessend ihren aufrichtigen Dank an alle Teilnehmenden der Bürger:innenversammlung für ihr Engagement, die dem Prozess gewidmete Zeit und die Qualität des Austauschs. Ihre aktive und durchdachte Teilnahme bildete das Herzstück und den Reichtum dieses deliberativen Verfahrens.

Dieses Projekt wurde vom EPFL AI Center und der Stiftung Mercator Schweiz finanziert.